

kontrahenten anerkannte und daß er weiter einen Verband von Angestellten in leitenden Stellungen als Organisation im Sinne unserer Gewerkschaften behandelte, ohne sich in beiden Fällen mit den zuständigen gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen verständigt oder deren Meinung eingeholt zu haben. Bekter wird uns noch in letzter Stunde bekannt, daß das Reichsarbeitsministerium der Anstalt bei Betheil bei Pfeisfeld befristigt haben soll, daß sie als Wohlfahrtsanrichtung nicht gehalten sei, unseren Reichstarij anzuertennen, sondern sehr wohl die Berechtigung habe, einen — natürlich niedrigeren — Anstaltstarij abzuschließen. Dabei ist zu beachten, daß die Anstalt Betheil nicht nur für den eigenen Bedarf arbeitet und um die in ihr untergebrachten Kranken zu beschäftigen, sondern auch von letzteren zurzeit nur sehr, sehr wenige in der Buchbindereiabteilung beschäftigt sind (wohl kaum 2 oder 3 von mehr als 24 Personen!) und daß die Anstalt vorwiegend für außenstehende Auftraggeber arbeitet. Auch in diesem Falle ist der Anstalt Betheil vom Reichsarbeitsministerium die Berechtigung zur Sabotierung unseres Reichstarijs gegeben worden, ohne die zuständige Arbeiterorganisation, unseren Verband, zu unterrichten oder zu befragen.

Das alles sind Brüstierungen der Arbeiterschaft, die nicht ruhig hingenommen werden können, gegen die man im Gegenteil den allerjährlchen Protest erheben muß. Denn das ist keine im Zuge der Zeit liegende Arbeiterpolitik, die das Reichsarbeitsministerium da treibt, sondern blanke und denkbar einseitigste Vertretung der Interessen der Unternehmer im Sinne des wohlbestimmten Zeitalters. Sind deshalb Gewerkschaftsführer an die Spitze unseres Staates gestellt worden, daß letzten Endes doch alles im alten Stadium weitergehen soll und daß der Grimm wackerer Arbeiterkreise über den derzeit eingeschlagenen Kurs täglich neue Nahrung erhält? Und wenn, wie wir zugunsten des Reichsarbeitsministers annehmen wollen, er selbst von allen diesen Dingen keine Ahnung hat und diese unsagbaren Verhältnisse gegen das Empfinden der Arbeiterschaft von ihm lediglich durch seinen Namen gedeckt werden, dann ist es wohl die allerhöchste Zeit, daß er sich von seiner jetzigen Umgebung schnellstens freimacht. Im Altenhaus der alten schematischen arbeitenden Bureaukratie kann kein modernes Leben aufkommen, und wenn nicht bald auch in den höchsten Stellen des Reiches gesunde Arbeiterpolitik getrieben wird, dann geht auch das letzte Häutchen von Vertrauen, das vielleicht hier oder dort noch vorhanden ist, zum Teufel. Soll ja gearbeitet werden, wie es hier geschieht, dann brauchte sich die deutsche Arbeiterschaft nicht erst in den Strudel der Revolution zu stürzen.

Und schon wieder wird eine Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums bekannt, die sich völlig in den Rahmen des oben Besagten einpaßt. Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“, das Unternehmertum, brachte in der Nummer vom 7. Mai folgende Notiz:

Voraussetzung der verkürzten Arbeitszeit und Wiedereinstellung der infolge der Verkürzung entlassenen Arbeiter. In dieser wichtigen Angelegenheit hatte sich der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins aus Anlaß einiger konkreter Fälle an den Herrn Reichsarbeitsminister gewandt, um einen zweifelsfreien Entscheid herbeizuführen. Die am 25. April datierte Antwort des Ministers hat folgenden Wortlaut:

Es geht zur Frage, ob der Arbeitgeber die wegen Arbeitsmangels auf wöchentlich 24 Stunden herabgesetzte Arbeitszeit wieder auf die normale Arbeitszeit heraufsetzen kann, ohne zunächst die vor Voraussetzung der Arbeitszeit wegen Arbeitsmangels entlassenen Arbeiter wieder einzustellen. Die Frage ist zu bejahen. Eine Verpflichtung des Arbeitgebers zur Neueinstellung der wegen Arbeitsmangel entlassenen Arbeiter besteht nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht. Das Arbeitsverhältnis ist durch die rechtmäßige Entlassung endgültig gelöst und eine rechtlich gesicherte Anwartschaft der entlassenen Arbeiter auf Wiedereinstellung nach Vermehrung der Arbeitsgelegenheit besteht weder nach dem Gesetze, noch nach der Demobilisierungsverordnung. Es darf aber erwartet werden, daß die Arbeitgeber auch ohne derartige Verpflichtung den gegenwärtigen Verhältnissen, die eine Entlastung des Arbeitsmarktes dringend verlangen, Rechnung tragen werden, soweit es die Verhältnisse ihres Betriebes irgend gestatten. gez. Schilde.

Dieser „zweifelsfreie Entscheid“ des Reichsarbeitsministers ist genau derselbe Hohn auf die Interessen der Arbeiterschaft und auch auf den Geist der Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern vom 12. Februar d. J., als wie die oben kritisierten Entscheide. Natürlich hat man auch in diesem Falle die zuständige gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer vor der Fällung dieses „zweifelsfreien Entscheides“ nicht gehört, denn andernfalls wäre dem Reichsarbeitsministerium ganz nachdrücklich zu Gemüte geführt worden, daß der Jued der Verordnung vom 12. Februar es ist, die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Und im Sinne dieses Zweckes ist es gelegen, daß die wegen Arbeitsmangel entlassenen Arbeitnehmer erst wieder eingestellt werden müssen, ehe eine Aufhebung der angeordneten Verkürzung der Arbeitszeit erfolgen kann. Sonst hätte ja die Bestimmung keinen Sinn, die da besagt, daß die Arbeitszeit herabgesetzt werden soll, um Entlassungen zu vermeiden. Ganz logischerweise müssen dann auch erst die Entlassungen wieder

rückgängig gemacht werden, ehe die Arbeitszeit wieder verlängert wird. Diese Kapit wird jedem Arbeiter einleuchten, das Reichsarbeitsministerium ist davon befreit.

Einen wohl noch gröblicheren Verstoß gegen die Interessen der Arbeiterschaft stellt das „zweifelsfreie Entscheides“ zweiter Teil dar, der auf nichts anderes hinausläuft, als dem Unternehmer das Recht zu geben, tarifliche Bestimmungen auf die denkbar einfachste Art zu umgehen. Eine Verneinung der rechtlich gesicherten Anwartschaft der entlassenen Arbeiter auf Wiedereinstellung nach Vermehrung der Arbeitsgelegenheit besagt, daß die betroffenen Arbeitnehmer um alle ihre Rechte aus den Tarifen mit Sanktion des Reichsarbeitsministeriums betrogen werden. Das trifft zu bei allen Angelegenheiten, die dem Arbeitnehmer auf Grund seiner Beschäftigungsdauer im Betrieb besondere Rechte geben, z. B. Ferien u. a. War sich das Reichsarbeitsministerium über diese Folge seines Entscheides wirklich nicht klar, oder war gar dieser Erfolg, der eine Sabotierung des Tarijs bedeutet, gewollt und beabsichtigt? Die andauernden Verhältnisse des Reichsarbeitsministeriums zwingen zum Aufwerfen einer solchen Frage.

Eine Gewerkschaftskonferenz der Buchdrucker, bei der alle graphischen Organisationen vertreten waren, nahm am 8. Mai zu dieser Entscheidung des Ministeriums Stellung, sie protestierte durch das nachfolgende Telegramm an den Minister Schilde gegen seinen Entscheid:

Reichsarbeitsminister Schilde.
Berlin, Luisenstraße.

Eine Vertreterkonferenz der gesamten Arbeiterorganisationen im graphischen Gewerbe am 8. Mai in Leipzig legt entschieden Verwahrung ein gegen die dem Deutschen Buchdruckerverein am 25. April erteilte Antwort in Sachen der Wiedereinstellung entlassener Arbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit.

Diese Antwort steht auch nach Ansicht der teilnehmenden Vorsitzenden und Mitglieder der Schlichtungsausschüsse der Zweckbestimmung der Verordnung vom 12. Februar 1920 entgegen und entspricht nicht der bisherigen Spruchpraxis der Schlichtungsausschüsse.

Die Auswirkung der Antwort wird sofort eine erhebliche Verstärkung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Die Konferenz erhebt gegen diese Antwort scharfsten Protest und bedauert, daß eine solche Ausnutzung an eine Arbeitgeberorganisation ohne vorherige Rücksichtnahme mit der Vertretung unserer Gewerkschaften erteilt ist.

Die Konferenz erwartet vom Minister eine Anweisung an den Deutschen Buchdruckerverein,

Am letzten Tag.

(Fortsetzung.)

Ergählung von Ernst Breckang.

„Nu ja.“ Der Müller betrachtete ihn kritisch von oben bis unten. Dann lächelte er: „Das walzt wahrhaftig in der Welt herum bis zur Gabel Gabe, Nabe, hast Du mir nicht schon ein halb Duzend Mal versprochen.“

„Wohl, wohl.“ Der andere wirkte schnell ab, zog die Nase und hielt sie gegen die Sonne: „Wißt Du ein Tröpflein aus meiner Nase wie ehemals, zu alten Zeiten? Nicht? Also ich versprech Dir, Wehlmar: sobald ich noch einmal auf die Welt komme, mach ich's wie Du: beirat' ein Wehlterdäckerlein.“ Der Müller wehrte lachend ab: „Laß nur. Laß nur. Aus Dir wird kein gutes Wehl mehr. Wen hast Du da? Ist wohl bei Dir in der Lehre, der Parich?“

„Eben aus dem Nest, das Vögelfchen. Ich hab' ihm ein Mittagessen versprochen. Wie steht's um Deinen Tisch?“

„Es ist Platz für Euch zwei. Zuüberdriß aber geht einmal an den Brannen und wascht Euch. Eine Bürste schid' ich heraus. Du weißt, ich mag keinen Schmutz am Tisch.“

„Ja, bist ein feiner Herr. — Komm, Söhnchen, es gibt noch gute Menschen.“

Die Wags hatte die letzten Schüsseln abgetragen. In seinem geschlochtenen Strohstuhl saß zurückgelehnt der Müller und hörte, aus einer langen Pfeife dampfend, dem gesprächigen alten Naben zu. Der war in Paris daheim wie in Rom und Belgrad.

Konstantinopol, so behauptete er, sei ihm vertraut wie seine Weihenmache.

„Bin herumgelaufen in der runden Welt wie das Pferd im Karussell. Hab das Leben um mich spielen sehen in tausend Farben und Gestalten. Und siehst du, Wehlmar: bring ich's auf hundert Jahre und mehr: ich werd's nicht müd“, dem kuriosen Wandel zuzusehen. „Ach, was sie alles für Taten machen, die Menschen! Wie sie sich plagen und schänden und ihr Geld verjubeln!“ Er schlug ein dröhnendes Lachen an und fuhr sich mit beiden Händen in das struppige Haar. „Hats denn einen Sinn, das Ganze? Sag mir: hat's einen Sinn?“

Der Müller nahm die Pfeife aus dem Munde und lächelte: „Vielleicht nicht. Vielleicht doch. Für Dich nicht, der Du kein Bohin kennst und keins haben willst. Für den nicht, der dem Schabe der anderen zusieht als ein Fremder und es nicht der Mühe für wert hält, einen Finger zu rühren, weil's ihm gleichgültig ist, ob er auf Stroh liegt oder auf Beben. Wie andern wollen einen warmen Sitz hinter dem Ofen, wenn's draußen schneit, und ein schattiges Plätzchen im Sommer; möchten uns die Schüsseln ausstücken, aus denen wir speisen — und Lumpen auf dem Leibe genießen uns. Ein klein wenig Achtung bei seinen Nachbarn will unserns auch — und am Ende ist's ja auch die Achtung vor uns selber, die man sich behüten möchte.“

„Spricht er nicht wie ein Pfaff, Söhnchen? O, er versteht's! Hast mir schon damals einen schönen Vortrag gehalten, Wehlmar, da du müde mudest im Herumstreifen; als ich dich antrug, mit mir zu wandern bis an der Welt Ende, — bis es uns eines Tages niederwürde und wir nicht

mehr aufstehen. — Ach, Freundschen, deut' ich an die Zeit, als wir zwei zusammen waren! Das war ein Leben! Arm in Arm vom Morgen bis zum Abend! Gesungen und posuliert — juchhei!

Was kümmert uns das Morgen, Wir leben ja noch heut, Und uns're kleinen Sorgen, Die tragen wir zu zweit.“

Hier fiel der Müller ein: „Blagt euch um Geld und Gut und Weis, Die ihr's nicht anders wißt. — Der allerjöhnste Zeitvertreib — Du doch das Wandern ist!“ Und der „alte Nabe“ erhob sich, idawente die Hand und wiederholte noch einmal mit schmetternder Stimme:

„Der allerjöhnste Zeitvertreib — Ja doch das Wandern ist!“

Er setzte sich, den Sandriiden über die feuchten Augen fübrend: „Siehst Du, hast es nicht vergessen, Bruderberg! O, es war eine herrliche Zeit! Jetzt sing' ich nicht mehr. Woh' im Frühling, wenn's um mich zwitschert aus alten Zweigen, leg' ich noch einmal los, ohne daß ich's will.“ Er bog sich über der Tisch und legte beide Hände aus des anderns Schulter: „Seele! Seele! Komm mit! Komm wieder mit, Wehlmar, daß wir singen können wie einst! Zweistimmig, weißt Du noch?“

„Und meine Mühle? Meine Arbeit?“ „Ach, laß es den Eseln, die Säde zu tragen!“ Der Müller wurde ernst: „Schimpf mir die Weibeit nicht, Nabe!“ Er wies durchs Fenster hinauf

daß die Wirkung seiner Antwort ausgeübt wird, bis eine hiermit für Ende nächster Woche nachgesuchte Rücksprache mit unsern Vertretern stattgefunden hat.

Antwort erteilt sofort nach „Volkshaus“, Leipzig, Reiber Straße.

Die Vorstände und Vertreter sämtlicher gewerkschaftlicher Richtungen im graphischen Gewerbe.

J. A.: Seit.

Unter am 9. Mai in Leipzig wegen Abschlusses eines neuen Lohnabkommens für die Buchbinderbranche zumingegenetzter Tarifausgleich schloß sich diesem Protokoll vollinhaltlich an. Bis zum Abschluß dieser Nummer ist eine Antwort vom Minister Schlichte nicht eingegangen. Wir erwarten selbstverständlich eine absolute und zweifelsfreie Rücknahme seines Entschlusses.

Das neue Wahlgesetz.

Das am 23. April von der Nationalversammlung verabschiedete Wahlgesetz zum Reichstage ist hervorgegangen aus der Verordnung der Volksbeauftragten über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918. Seine Hauptmerkmale sind Verhältniswahl, Frauenwahlrecht und Wahlberechtigung im Alter von 20 Jahren an. Der vorgelegte Reglerungsentwurf beschränkte sich in der Hauptsache auf die Beseitigung der bei der letzten Wahl zutage getretenen Mängel. Dabei mußte im voraus ausbleiben die Frage der vielfach verlangten Verkleinerung der Wahlkreise, weil es den Parteien nicht möglich gewesen wäre, in den wenigen Wochen bis zur Wahl sich organisatorisch so umzugestalten, daß eine geregelte Wahlorganisation hätte erfolgen können. Es ist im großen ganzen bei der bisherigen Wahlkreiseinteilung geblieben. Nur in dringenden Fällen ist davon abgewichen worden.

Die wesentlichste Neuerung des Gesetzes ist der Wegfall des sogenannten d'Hondtschen Systems für die Errechnung der auf die einzelnen Wähler entfallenden Mandate (Bestimmung von Höchstziffern durch Dividierung der Stimmengahlen in 1, 2, 3 usw.). An seine Stelle tritt ein automatisches System, wonach auf je 60 000 Stimmen ein Abgeordneter kommt. Daraus ergibt sich, daß die Zahl der Abgeordneten im neuen Reichstage von der Zahl der abgegebenen Stimmen abhängt. Je mehr Stimmen in einem Wahlkreis abgegeben werden, um so mehr erhält er Abgeordnete. Die 85 Wahlkreise sind zu 17 Wahlkreisverbänden (zwei bis drei Einzelwahlkreise bilden einen Wahlkreisverband) zusammengelassen. Die in einem Wahlkreise verbliebenen Reststimmen werden innerhalb eines Wahlkreisverbandes in der Weise berechnet, daß der

Wahlkreis mit der höchsten Zahl an Reststimmen (die wenigstens 30 000 betragen muß) einen weiteren Abgeordneten erhält. Die dann noch verbleibenden Stimmen werden auf die Reichsliste verrechnet. Die Reichsliste haben die Wähler, die im Kreise verbleibenden Reststimmen bis auf ein geringes Maß aufzubringen und so eine möglichst gerechte Verteilung der Mandate herbeizuführen. Andererseits hat man aber auch Nachteile geschaffen, die verhindern sollen, daß ganz kleine Gruppen, die in den Einzelwahlkreisen nur wenige Stimmen aufzubringen vermögen, durch Zusammenrechnung dieser Stimmen im ganzen Kreise zu einem Mandate zu gelangen. In dem Gesetz wird bestimmt, daß keine Gruppe in der Reichsliste mehr Mandate erhalten kann, als sie in den Wahlkreisen selbst erlangt hat.

Trotz der Verrechnung der Reststimmen innerhalb eines Wahlkreisverbandes erfolgt nicht ohne weiteres. Voraussetzung ist, daß die Verbindung der betreffenden Listen beantragt, und zwar von jedem einzelnen der beteiligten Wahlkreise.

Von Wahlrecht ausgeschlossen ist:

- 1. Wer unmündig oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht;
2. wer rechtskräftig durch Nichterpruch die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat.

Die Ausübung des Wahlrechts ruht für die Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht.

Behindert in der Ausübung ihres Wahlrechts sind Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind, ferner Straf- und Untersuchungsgefangene sowie Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher Anordnung in Verwahrung gehalten werden. Ausgenommen sind Personen, die sich aus politischen Gründen in Schutzhaft befinden.

Wahlberechtigte Staatsbeamte, Arbeiter in Staatsbetrieben, die ihren Wohnsitz im Ausland nahe der Reichsgrenze haben, und wahlberechtigte Angehörige ihres Hausstandes werden auf Antrag in die Wählerliste oder Wahlkartei einer benachbarten deutschen Gemeinde eingetragen.

Wer am Wahltag beruflich verhindert ist, in seinem Wohnorte zu bleiben, kann sich einen Wahlschein ausstellen lassen. Er wird in der Wählerliste gestrichen und kann nun an einem beliebigen Ort wählen. Der Wahlschein wird ihm bei der Wahl abgenommen.

Wahlbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag 25 Jahre alt und seit mindestens einem Jahre Reichsbürger ist.

Im übrigen deden sich die Bestimmungen des Gesetzes mit dem des bisherigen Wahlgesetzes.

Zu einer Resolution wurde schließlich noch zum Ausdruck gebracht, daß Länder und Gemeinden, die am gleichen Tage wählen wollen, alle Wahlberechtigungen, Wählerliste usw. mit benutzen könnten.

Die Stützen der Gewerkschaft.

Man vergleicht die Gewerkschaft gern mit einem starken Gebäude, das seinen Bewohnern Schutz und Unterkunft bietet. Dieser bildliche Vergleich ist nicht über, denn die Gewerkschaft ist tatsächlich der unentbehrliche Schutzort des nun Verbesserung seiner Lebenslage ringenden Arbeitervolkes. Dieses Streben stellt in kurzen Worten den Wesenskern jeder Gewerkschaft dar. Deshalb ist es aber auch nötig, von Zeit zu Zeit zu untersuchen, ob die Vorbedingungen zur Erreichung des Selbstzweckes in der Gewerkschaft vorhanden sind, jene Vorbedingungen, die rein ideeller Natur, aber zur Erreichung, zur Durchführung des Hauptzweckes unerlässlich sind.

Der Aufbau jeder Gewerkschaft ruht — um bei dem angezogenen Gleichnis zu bleiben — auf vier starken Säulen. Aus deren Cadavern wächst der Aufbau empor, ihre Solidarität erst gibt dem Ganzen die nötige Stärke und Widerstandskraft. Nehmt das den Säulen, dann wird das Gebäude schnell schwach und brüchig; es fehlt ihm die Wetterfestigkeit, um allen Stürmen des Alltags gewachsen zu sein. Auch hier ist es der Geist, der sich den Körper baut. Die vier Säulen jeder Gewerkschaft heißen: Ueberzeugungstreue, Opfermut, Solidarität und Disziplin. Ohne diese Eigenschaften ist jede Gewerkschaft widerstandsunfähig. Erst sie ergeben dem felsen Grund zur Entschlossenheit, Tatkraft und Beharrlichkeit, auf dem die Gewerkschaft gedeiht. Darum müssen diese guten Eigenschaften erneuert und gepflegt werden. Gewiß, das stolze Gebäude lockt und es findet Bewohner, und heute mehr denn früher. Millionen Männer und Frauen sind in den letzten Monaten der Gewerkschaftsbewegung zugeströmt. Glaube aber keiner, daß alle, die heute in der Zuvorsicht zu uns kommen, um sich ein besseres Wohlergehen durch die Gewerkschaft erkämpfen zu wollen, auch bereits den Geist erlitten haben, der unerlässlich ist in Kampf und Gefahr. Wankend ist er angeborren. Aber die meisten müssen erst erzogen werden zur echten Ueberzeugungstreue, zum freudigen Opfermut, zur Solidarität und strengen Disziplin.

Ueberzeugungstreue! Der Geist, der dem Arbeiter das Bewußtsein schafft, daß die Organisation unbedingt notwendig ist im gewerkschaftlichen Daseinskampfe. Daß der Gewerkschaftskampf seinen Charakter darstellt mit leichtem Ueberwachen, sondern daß er ein zäher, ernster und opferreicher Kampf ist, in dem der Gegner nie unterdrückt werden darf. Der Geist, der dem Arbeiter sagt, daß es ohne die Gewerkschaft nicht geht und daß alles getan werden muß, um sie zu stärken, daß man stets bauen und erneuern muß an guten Werken, um es auch für harte Zeiten Sturm und Wetterfest zu machen. Der Geist, der dem Arbeiter sagt, daß die Gewerkschaft keine Spickerei, keine Gelegenheits- oder Befriedigung persönlicher Launen, vor allem kein

zur Mühle, deren Flügel sich klappernd in gleichmäßigem Schwunge drehen: Wenn die stille stehen überall, hast auch Du nichts zu essen! Und leise grollend: 's sind so schon genug, die speisen, ohne zu mahlen — Nein, alter Mabe. Ich bleib da sitzen. Dem! oft und gern an meine Wandertage, aber freu' mich auch, daß ich zu rechter Zeit damit abgekommen. Was der Durst kann und soll, darf der Mann nicht. Und gar bei einem Graupfopf wird's leicht lächerlich, will er den Zwanzigjährigen martieren. Sey' ich Dich an, alter Mabe, mich soll's nicht!

Der blühte wieder auf den Tisch. Dann kam es leiser: „Du tränkst mich, Wehmar.“

„Nein. Das wollt' ich nicht, Mabe. Du kannst nicht anders, das weiß ich. Liegt Dir am Plat, wie einem anderen das Sorgen um's tägliche Brot. Aber vielleicht ist's gut, wenn der junge Durst da. Dein Begleiter, auf's Denken gebracht wird und sieht, daß die Sache auch ihre zwei Seiten hat. Antraut schlägt leicht Wurzel in so jungem Boden. Und ich mein, es sind genug, die ihr Haar auf der Landstraße müssen grau werden lassen, weil sich ihnen zu rechter Zeit kein Haus geöffnet hat. Aber man soll keinen blind machen, daß er mutwillig vorbeigeht an offenen Türen, soll niemanden lehren, die Arbeit zu verachten. Wie Du's auch drohst und wendest: unser Leben ruht auf ihr.“

„Es hat keine Sorge, Meister.“ Der Jüngere lachte. „Bin nicht aus Wachs gemacht, daß mich einer fieren könnte wie er möchte. Sind schon wieder zurück nach Haus und zum Mahlen, führt mich auch wirklich einmal einer ein wenig selbst.“

„Wer will Dich selbst führen, Selbstnabel?“ Der „alte Mabe“ schlug mit der Faust auf den Tisch.

„Kannst Du in meinen Schädel blicken? Fühlst Dich wohl auch schon als großer Herr — und ich bin ein alter Lump, he?“

„Es sagt ja keiner“, beruhigte der Müller.

„Da, Du! Spielst Euch auf als ehrliche Leute! Nutzt wie die andern da draußen! Pah! Der Herr Müllermeister! Hoch hinterm Ofen und redet Flug! Weinst, ich könnt' nicht auch im Bett sitzen wie Du? O, wenn ich bloß wolle!“

„Du willst aber nicht, Mabe. Und könntest auch nicht. Bist nicht mehr.“

„Nein! Ich will nicht! Weiß mir ein besseres Leben!“ Er griff mit Hast nach seinem zerbeulten Gut. „Lieber frech ich Eideeln, als mit den hundert Leuten an einem Tisch!“ Er wandte sich erbot zur Tür.

Der Müller trat ihm in den Weg: „Nach keine Dummheit, Mabe. Neigt Dich auf um nichts. Kein Mensch hier ist Dir nahe gekommen. Und müßtest mich wohl soweit kennen, daß ich meinem Gast nicht die Mahlzeit mit Vohheit pfeffe. Schreibst — und schreibst doch bloß gegen Dich selbst. Da ist etwas in Dir, das mahnt Dich um Dein Leben. Du magst es nicht hören. Deshalb brüllst Du wie ein Stier.“

Der Alte hatte den Kopf gesenkt. In ihm arbeitete es heftig: „Laß mich, Wehmar.“ Er wollte vorkriechen zur Tür. Der Müller hielt ihn. Da irrten die Mäde hilflos am Boden umher: „Laß gut sein. Weiß nicht, was da wurmt in meiner Krone. Den ganzen Tag schon. Auf der Brust drück's mich jetzt wieder, daß ich aufschreien möchte. Range ich mir, und heulen könnt' ich wie ein geschlagenes Gäh!“

„Krank bist Du. Bleib da, Mabe. Ich hab's Dir schon einmal angeboten. Vor zwei, drei Jahren, als Du zum letztenmal da warst. Ein wenig Holzlauben und die Pferde füttern — es wird Dich nicht umbringen. Gut sollst Du's haben, frei sein, eine Stube und ein Bett kriegen und mit mir am Tisch essen.“

„Und mich herunterhengen lassen von Dir, leb ich Dir nicht nach Wunsch.“

„Anjina. Gib's da noch ein Bestimmen?“

„Nein. Ich befinn' mich erst gar nicht. Wehmar. Nicht eine Sekunde. — Hier?“ Sein Blick streifte durch's Fenster. „Da ein Kartoffelfeld. Da ein Baum und da ein Baum. Da die Mühle. Und das klappert so Tag für Tag. Nichts weiter! Wie sollt' ich's ausbathen, sag? Nein, es hat keinen Sinn, Du weißt's selber. Versuch' ich's, — in drei Tagen wär der Vogel schon auf und davon. Ich muß wandern, ob ich will oder nicht. Ich muß!“

„Ueberdies' Dir. Bleib bis morgen.“

„Nein. Ich hab's eilig. Vergangene Nacht hört ich schon die Wildgänse schrei'n. Da müßt ich längst im Süden spazieren. Aber es scheint, ich krieg' meine Tour nicht mehr früher herum. Weiß nicht, woran es liegt. Geh doch Tag um Tag. Aber es ist ein Unterdrück. Mich hemmt etwas. Muß gar so oft niederhinken und ausruhen. — Kommt, Söhnchen, er wandte sich zu dem Jüngeren, die Sonne frecht schon hinter den Mühlenberg. Drei Stunden Weg sind noch vor uns. Bleib wohl, Wehmar. Ich dank Dir. Du meinst es gut. Ich glaub, wir sehn uns nicht mehr.“

Sie gingen. (Fortsetzung folgt)

Lottospiel ist, in dem man mit zehn Pfennig Einsatz hundert Mark gewinnen kann. Ueberzeugungstreue ist der Arbeiter, der in der Gewerkschaft eine unbedingte Notwendigkeit sieht zur Erklampfung besseren Wohlergehens und höherer Kultur, der sie wie ein Heiligtum hudet und sie zu bewahren sucht vor jedem Raubziele und jeder Schädigung.

Opfermut! Er ist das Produkt der Ueberzeugung. Wer die letztere hat, scheut nicht das Opfer. Er weiß, was notwendig ist, um die Gewerkschaft zu stärken. Denn er hat richtig erkannt, daß sein Verband nur dann alle Aufgaben im Interesse der Mitglieder lösen kann, wenn ihm ausreichende Mittel zur Verfügung stehen. Er ist deshalb nicht ungeduldet, wenn sich eine Beitrags erhöhung notwendig macht, denn er weiß, daß ohne Munition keine Kämpfe geführt werden können. Er gibt gern seinen Beitrag und steuert in die richtige Beitragsklasse, denn er weiß, es ist notwendig und bringt hundertfachte Frucht. Er hält darauf, daß auch andere die gleiche Pflicht erfüllen. Und er geht nicht nur in die Versammlung, um zu lernen, er lehrt auch und sucht zu begeistern auf Grund seiner selbstgelebten Ueberzeugung. Und er geht in jede Hütte und wirkt für die Organisation, für seine Ueberzeugung. Er mohnt zur Einigkeit und wacht daruber, daß das Band der Gewerkschaft nicht beschädigt wird. Er steht im Kampfe allzeit voran und fragt nicht nach dem Opfer, sondern strebt nur nach Erfolg und Sieg.

Solidarität! Sie schreitet Hand in Hand mit Ueberzeugung und Opfermut. Sie ist der Ausdruck jener edlen Selbstlosigkeit, die das eigene Ich zurückstellt zum Wohle des Ganzen. Sie geht darauf aus, dem Leidenden zu helfen und den Kampfernden zu stützen, auch wenn das eigene Wohlergehen darunter leiden sollte. Sie strebt für die Sache, nicht für die Person. Sie sieht in jedem Schicksalsgenossen den Bruder und Freund, den Mitstreitenden für Wohlfat und Recht. Sie stützt das Ganze, strebt für das Ganze, opfert und kämpft für das Ganze. Sie ist der besondere Ausdruck gewerkschaftlicher Brudersliebe.

Disziplin! Sie bedeutet das notwendige Opfer persönlicher Ungelegenheit zum Wohle des Ganzen. Sie ist jene Ueberzeugung, die uns sagt, daß nur der Wille der Mehrheit entscheidet und daß jeder sich dem damit zum Gesetz erhobenen Gesamtwillen zu fügen hat im Interesse des guten Gelingens. Die Heiß der ausgegebenen Parole folgt im Interesse der Geschlossenheit, der Einheitslichkeit der Bewegung. Die die Unterordnung des einzelnen unter den Gesamtwillen als notwendige Maßnahme erachtet, die das von der Mehrheit gegebene Gesetz als oberste Richtschnur achtet und befolgt zur Erreichung des der Masse gesteckten Zieles, zum Wohle des Ganzen.

• Diese vier Grundpfeiler stützen das Gewerkschaftsgebude. Sie bilden die unerlastliche Voraussetzung jeden gewerkschaftlichen Erfolges. Jede gewerkschaftliche Tätigkeit trägt den Stempel der Ohnmacht und der Aussichtslosigkeit an der Stirn, wenn die Mitglieder der Ueberzeugungstreue, des Opfermuts, der Solidarität und Disziplin ermangeln. Machtet also auch auf die Tiefe, nicht nur auf Höhe und Breite! Weht dem Fundament die Stärke, die notwendig ist, den Aufbau tragen zu können. Und je höher der Aufbau, um so stärker müssen die Grundmauern sein!

Darum seid nicht Mitglieder nur aus kurzzeitigen, egoistischem Eigenmut. Sucht auch nicht Führer zu sein aus persönlicher Eitelkeit und Eigenliebe. Begreift das schöngeistige Motiv, das der Gewerkschaftsbewegung innewohnt, das deren Come und Kraft ist. Stärkt die Ueberzeugungstreue, betätigt frohen Opfermut, übt Solidarität und befolgt strenge Disziplin! Sie sind die Voraussetzung des Erfolges, sie bedingen in erster Linie den Wert, die Stärke und den Sieg der Gewerkschaftsbewegung!

Das deutsche Buch und das Ausland.

In der Leipziger Monatszeitschrift „Die Leipziger Mustermesse“ behandelt der Direktor der Deutschen Gesellschaft für den Auslandsbuchhandel, Pfeiffer, das Buch in seiner Stellung zur Auslandspolitik und zum Messewesen. Aus seinen auch für unsere Mitglieder interessanten Ausführungen zitiieren wir das Folgende, ohne damit zu sagen, daß wir ihm restlos beipflichten können:

... Wenn heute der deutsche Verlag aus eigenem wohlverstandenen materiellen Interesse sich regen will, um selbst vielleicht — es handelt sich dabei nur um einzelne hervorragende Verlage — eine großzügige Kulturpropaganda im Auslande zu treiben, weil sie ihm letzten Endes nach Jahren zugude kommen könnte, so hoht er im Auslande auf eine furchtbare Gegnerschaft, namentlich bei den Franzosen. Die Societé d'Exportation des Editions françaises ist im Jahre 1917 gegründet im Zusammenhang mit einer Reihe von anderen Unternehmungen, die die kulturelle Macht der Franzosen in der Welt besiegeln sollten. Es hat bei diesen Gründungen nicht an der erforderlichen Unterstützung durch die französische Regierung gefehlt und es liefern mancherlei Ausspriche, die beweisen, daß sich die Franzosen auf die Kulturpropaganda in Verbindung mit dem Buche verlassen. Wo das französische Buch ist, da ist dem französischen Export ein Weg bereitet, das war das Leitmotiv bei allen Verhandlungen.

In Deutschland haben nun die exportierenden Verlage sich auch zusammengeschlossen, aber dieser Zusammenschluß kann vorläufig nicht viel mehr erreichen als die Feststellung der Schwierigkeiten, denen man im Auslande begegnet. Die Mittel, die dazu gehören, um der Societé d'Exportation des Editions françaises mit ähnlichen Wirkungen zu begegnen, kann der deutsche Verlag unmöglich aufbringen, und wenn er sie aufbringen könnte, dann würde die Baluta wieder dafür sorgen, daß die Wirkung nicht ubermatig wird. Die Regierung, die heute an sich geneigter ist, eine Kulturpropaganda mit Hilfe des deutschen Buches im Auslande zu betreiben, befindet sich aber in grimmigster finanzieller Not, und so hat denn das deutsche Buch im Auslande keinen anderen Anwalt als seine Qualität, und man muß sagen, daß das wissenschaftliche Buch, das schöne Buch und das billige Buch, ebenso die deutschen Musikalien und Lehrmittel im Auslande trotz aller ... Bemühungen, die deutsche Wissenschaft gewissermaßen als einen Ableger der französischen erscheinen zu lassen, sich ein gewisses Ansehen bewahrt haben. Manche wissenschaftliche Zeitschrift ist erlebiger worden durch Papiernetz und Abonnementverlust und ähnliches mehr. Es ist aber auch manches auf wissenschaftlichem Gebiet hervorgebracht worden, was das Ausland ... einfach braucht. Wir wollen nun hoffen, daß unsere Wissenschaft auf der Höhe bleibt und trotz schlechter Baluta in den Besitz des geistigen Nitzzeuges aus dem Auslande gelangt, eine Schwierigkeit, deren Ernst von der Wissenschaft selbst wie auch von den Verlegern, die sie in Anspruch nehmen, gebührend eingeschätzt wird.

Auf dem Gebiete des schönen Buches kann man zweifellos von einer gesteigerten Produktion sprechen. Es ist geradezu wunderbar, wie erspnderlich der deutsche Verleger ist, wenn es gilt, ästhetische Wirkungen bei aller Knappheit auf dem Weltmarkt zu erzielen. Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, daß das mit großem Erfolg der eine oder andere aus der Not eine Tugend gemacht hat.

Und das Ausland kauft, und das Ausland hat gekauft von diesen schönen Büchern, wenn es sich auch zurzeit eine Zurückhaltung auferlegt wegen der Preise, die die Verkaufsordnung für Auslandslieferungen den deutschen Verlegern und Exporteuren vorschreibt. Die Parochies laufen nicht mehr in der Häufung ein wie früher, doch der deutsche Verleger ist gut im Rute. Er räumt nicht in bedenklicher Gewissensbisse sein Lager und hält sich so auch erfreulicherweise bereit für den inländischen Kufer, der bei aller Exportförderung natürlich nicht vergessen werden darf.

Alles in allem betrachtet kann man also sagen, der deutsche Verleger ist gezwungen, die Wirkungen der feindlichen Propaganda im Auslande über sich und seine Erzeugnisse ergehen zu lassen, aber er kann von sich sagen: Bleibe ich mir selbst und meinem ureigensten Beruf treu, so kann ich mich behaupten. — — —

Aktive Propaganda für das deutsche Buch kann zurzeit im Auslande so gut wie gar nicht gemacht werden. Wer soll die Ausstellungen dort aufbauen, wer soll die Geschäfte gründen, wer soll das Risiko auf sich nehmen, das die machtvolle Gegenwart bringt, die sich gegen alles richtet, was irgendwo mit der Propaganda deutschen Geistes oder gar

deutscher Industrieerzeugnisse zusammenhängt? Die heute noch bestehende Entente gebraucht gewiß keine anderen Mittel als jene, die auch im wilhelminischen Zeitalter zu unliebsamen Uebertreibungen führten; aber uns kommen sie jetzt keinesfalls zu, und der deutsche Staat von heute mit seinem sozialistischen Einschlag liebt sie auch gar nicht. Er ist auf diesem Gebiete für ein „laissez faire, laissez passer“. Das Gute ringt sich von selber durch, doch auch da wird es noch Wandlungen geben, ein Ausgleich der Meinungen wird sich vollziehen wie auf anderen Gebieten in unserem neuen deutschen Vaterlande.

Demgegenüber ist es erfreulich, daß die Messe in Deutschland daran denkt, sich der deutschen Bücher, Musikalien und Lehrmittel anzunehmen. Man tut das sicherlich nicht nur, um der Messe ein neues Wirtschaftsgebiet zu erschließen, sondern es spricht daraus auch ein gewisser Kulturgeist. Man sagt sich, daß in den gewaltigen Geschafststrubel, der begreiflicherweise nur auf das Materielle gerichtet ist, auch ein Körnlein Idealismus hineingetragen zu werden verdient. Man hofft, Verleger, Schriftsteller, Künstler und nicht zuletzt auch Schulummer in einen gewissen geistigen Zusammenhang mit der Messe zu bringen, ihnen einen Begriff zu geben von der Größe deutscher Arbeit, die sich in der gewaltigen Organisation der Messe fundiert. Dann hofft man letzten Endes natürlich auch, daß der deutsche Verleger, der dort ausstellt, so gut wie die anderen auf seine Kosten kommt. Und in der Tat kann er darauf rechnen, denn die Baluta wirkt ja für den ausländischen Bücher-, Musikalien- und Lehrmittelinteressen trotz der durch das Reich geschützten Verkaufsordnung für das Ausland wie eine Premie für den Besuch der Messe. Um ein Billiges reisen sie nach Deutschland und um ein Billiges leben sie dort.

Die Leipziger Wugrammesse ist ein Revolutionskind. Zum Herbst 1919 ist sie zum ersten Male in die Erscheinung getreten, natürlich nicht nur als Wuchermeie, sondern auch als eine Messe der gesamten Industrie, die mit dem Buchgewerbe irgendwie zusammenhängt, mit Ausnahme der Maschinen und anderen technischen Dingen. Damals waren es 220 Aussteller, zu denen sich in diesem Frühjahr weitere 100 hinzugesellt haben, 106 gehören dem eigentlichen Buch-, Kunst- und Musikalienverlag an.

Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die Wugrammesse weiter entwickeln wird. Viel wird davon abhängen, welche neuen Wege man beschreitet in der Darbietung des Buches. Das Buch ist ästhetisch betrachtet ein empfindlicher Gegenstand, es bedarf eines gewissen Milieus, und es fragt sich, ob man bei der seither gewohnten Stapelung der Bücher bleibt oder ob man nach besonderen Mitteln für die Darbietung des Buches sucht. Es ist nicht ohne weiteres erwiesen, daß die Mode das Leipziger Messemilieu nicht verträgt, aber etwas ist sicherlich daran, und man kann sich dabei auch fragen, ob man nicht heute gut daran tut, auf den kommenden Messen für die Wugra, deren günstige Entwicklung schon aus dem Besuch der ersten Herbstwugra und aus der wachsenden Zahl der Aussteller erhellt, den deutschen Büchern, Musikalien und Lehrmitteln eine besondere Stutte zu bereiten, die dem geistigen Gehalt und der Kultur der deutschen Verlagszeugnisse entspricht.

Der Schwerhörige.

So lange der Mensch im Vollbesitz seines Gehores ist, weiß er gar nicht, was er für ein teures Gut zu beschützen und zu bewahren hat. Erst dann, wenn er dieses teilweise oder ganz verlor, kommt ihm zum Bewußtsein, daß ihm das Leben durch den Verlust verfut oft ganz unerträglich erscheint. Das Leben ist rücksichtslos und schiebt seine nicht ganz vollwertigen Glieder unbarmherzig zur Seite. Herzergroe Menschen lassen sich daran nicht genügen, glauben vielmehr noch recht bravourös zu handeln, wenn sie Spot und Hohn hinzufügen, um diese bedauernswerten Menschen der Lachlichkeit preiszugeben. Nach seinem Schwerhörigen sind diese Canalen erspart geblieben. Wenn es noch einen Trost geben könnte, dann wäre es der des demokra-

*) Lat jeder machen, was er will, und lat den Dingen ihren Lauf.

tischen Charakters der Krankheit. Sie verschont weder Vornehme oder Geringe, weder arm noch reich. Diese Krankheit schleicht den Menschen größtenteils schon während seiner Hilflosigkeit, zurzeit der Kinderkrankheiten an und hält ihn in ihren Krallen fürs ganze Leben gefangen. Das geringste Versehen bei Behandlung von Masern, Scharlach usw., zerstört die größten Hoffnungen, zieht Schwerhörigkeit nach sich und wird somit der Quell der Qualen und Leiden, die bedingt werden durch Zurücksetzung und der Erschwerung des Fortkommens usw.

Nach verschiedenen Enttäuschungen und trüben Erfahrungen zieht sich der Schwerhörige größtenteils von der menschlichen Gesellschaft zurück und lebt nur sich selbst. Er dämmert nur so hin und hat er keine lieben Angehörigen, die ihn besuchen und ihm sein Leiden zu erleichtern suchen, verfällt er gar leicht der Schwermut, wird Misanthrop und das Leben wird ihm zur Last.

Das soll aber nicht sein! Aufrassen muß er sich! Er soll sich auf sich selbst besinnen, er soll sich mit seinen Leidensgenossen vereinigen, und soll seine Interessen mit den ihren verbinden, um sich seinen Platz im Leben zu erkämpfen. Sein Leiden erschwert den Umgang mit Menschen, weil es ihm den Besuch von Versammlungen, Vorträgen usw. verbietet, da er nichts hört. Im Gefolge des Nebels lauert die Vernichtung der Existenz, und alle Versuche, sie zu erhalten, scheitern an dem gänzlich unbedingten Vorurteil der Außenwelt, die unbarmherzig den Schwerhörigen zum alten Eisen wirft. Im selbständigen Beruf ist der Schwerhörige der Konkurrenz wehrlos ausgeliefert. Was nutzt ihm sein starker Wille zur Arbeit, spielend schlägt ihn der Normalhörende aus dem Felde und mancher Geschäftsinhaber muß später um Anstellung betteln gehen. Stellt sich das Leiden ein, so ist ihm bei der Suche nach Arbeit Tür und Tor verschlossen.

Es ist falsch, den Taubstummen mit dem Schwerhörigen auf eine Stufe zu stellen. Der Taubstumme, der wie eine menschliche Stimme, der wie den Gesang eines Vogels gehört, der sich nie an einem guten Chorgesang erfreut, der sich nie an einem guten Konzert oder Vortrag erbaut, kann dies alles nicht vermessen. Aber dem in früheren oder späteren Jahren schwerhörig Gewordenen wird dies um so mehr fehlen.

Der Schwerhörige hat aber auch denselben Drang, sich gewerkschaftlich und politisch zu betätigen wie der Normalhörende. Da er nun das gesprochene Wort nur mangelhaft oder gar nicht verstehen kann, haben sich in Groß-Berlin organisierte Leidensgenossen zusammengeschlossen, um ihre Interessen selbstständig zu vertreten. Vermittels eines „Vielhörerers“, an dem jeder angeschlossen werden kann, vermag man ihnen Vorträge und alles, was sonst bei Versammlungen und Vortragsabenden gelehrt wird, genau so mit denselben Vortragenden und Rednern zu übermitteln wie dem Normalhörenden. Auch soll sich jeder Schwerhörige, da sich mit dem schwindenden Gehör auch in demselben Ausmaße die Sprache verliert, an den Diskussionen beteiligen. Auch wird Rat und Hilfe bei Beschaffung zweckentsprechender guter Schöraparate erteilt, so daß das überflüssige Geldausgeben für Schwindelapparate aus der Welt geschafft wird.

Allen Schwerhörigen im Reiche möchte ich raten, unserem Beispiel zu folgen und in allen größeren Städten besondere Gruppen zu bilden, um ihre Interessen zu vertreten. Zu jeder Auskunft ist stets bereit Gustav Galisch, Berlin W. 48, Wilhelmstraße 134 II, rechts.

Änderungen in der Krankenversicherung.

In Nr. 17 der „Buchbinder-Zeitung“ hatten wir einen Artikel über Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge u. dgl. gebracht und dabei erwähnt, daß die Ärzte hiergegen Sturm liefen, weil sie eine Schädigung ihrer Interessen darin erblickten. Die in den letzten Wochen ihres Lebens immer mehr in reaktionäres Fahrwasser hineinsegelnde Nationalversammlung hat nun tatsächlich dem Protest der Ärzte stattgegeben und die Verordnung aufgehoben. Man freut sich hier wieder, daß die Wünsche einer kleinen Interessengruppe über das Allgemeinwohl gestellt wurden.

Durch eine weitere Verordnung vom 30. April wird nunmehr die Versicherungsgrenze von 5000 auf 15 000 Mk. erhöht, während der Grundlohn für Bemessung der Leistungen entsprechend dem tatsächlichen Verdienst bis 24 Mk. berücksichtigt werden muß, und darüber hinaus bis 30 Mk. berücksichtigt werden kann, so daß die Krankenkassen sodann das Recht haben, bei den Höchstleistungen ein wöchentliches Krankengeld bis zu 167,50 Mk. zu gewähren.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwand. Geschäftszweige

In dem unter vorstehender Überschrift in Nr. 20 der „Buchbinder-Zeitung“ enthaltenen Artikel ist ein Druckfehler enthalten. Der für die 5. Klasse der Erstabteilung ab 1. Juli in Aussicht genommene Beitrag soll nicht 6,20 Mk., sondern 7,20 Mk. betragen.

Berichte.

Barmen-Elberfeld. Bei der Ein- und Durchführung des Reichstarifes für das Buchbinder-gewerbe ist es hier zu Differenzen gekommen, die leider nicht auf dem Verhandlungswege beigelegt werden konnten, so daß es in einem großen Teil der Betriebe zum Streik gekommen ist. Der Reichstarif sieht Stundenlöhne vor, die für das besetzte und angrenzende Gebiet als nicht ausreichend bezeichnet werden müssen. Es wurde bei Abschluß des Reichstarifs darauf auch Rücksicht genommen, indem für diese Gebiete eine Bestimmung geschaffen wurde, wonach örtliche Zuschläge vereinbart werden sollen. Die Arbeiterschaft der beteiligten Branchen hat darauf Bezug genommen und Anträge an die Arbeitgeberorganisation gestellt mit dem Ersuchen, zur Verhandlung über diese Anträge eine gemeinsame Sitzung einzuberufen. Leider hat Herr Dr. Hobbid im Auftrage des Arbeitgeberverbandes diese Verhandlung abgelehnt. Dagegen hat Herr Dr. Parhaus für die Briefumschlagfabriken abgelehnt. Ein Teil der Arbeitgeber war mit diesem ablehnenden Standpunkt nicht einverstanden und zu Verhandlungen bereit. Eine allgemeine Versammlung in Elberfeld beschloß, überall in den Streik einzutreten, soweit die Firmen sich nicht zu Verhandlungen bereit erklären. Inzwischen fanden schon mit einem Teil der Firmen gemeinsame Verhandlungen statt, welche zu einem befriedigenden Abschluß geführt haben. Mit dem Arbeitgeberverband der Kartonnagenbranche fanden ebenfalls Verhandlungen statt. Diese Arbeitgebergruppe nimmt also von vornherein einen vernünftigeren Standpunkt ein. Auch mit dem Buch- und Steindruckereibesitzerverein dürfte es zu Verhandlungen kommen. Auf alle Fälle ist die Arbeiterschaft gewillt, ihre Forderungen hochzuhalten. Diese sind sehr berechtigt, denn leider gehört das Buchbinderpersonal zu den schlechtestbezahlten Arbeitergruppen; es kann mit den bisherigen Löhnen nicht weiter auskommen.

Bielefeld. In unserer am 5. Mai stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung berichtete Hof über Differenzen mit den Arbeitgebern, die es ablehnten, die 3. Ortsklasse des Reichstarifs zu bezahllen, wie im Tarif festgelegt. Bezirksleiter Krommer berichtete dann über die in Weimar gepflogenen Reichstarifverhandlungen und erklärte, daß selbst Arbeitgeber aus der Nähe Bielefelds in Würdigung der besonderen Verhältnisse in Bielefeld die 3. Ortsklasse für Bielefeld als angemessener erachtet hätten. Die Kollegenchaft habe keine Ursache, eine Verschiebung in eine niedrigere Ortsklasse zuzugeben. In der Aussprache traten sämtliche Redner dafür ein, daß der Protest der Arbeitgeber gegen die 3. Ortsklasse mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren sei. Sodann teilte Hof mit, daß am 4. Mai 24 Kollegen und Kolleginnen der Anstalt Bethel in den Streik getreten seien, da die Anstalt es abgelehnt habe, den Reichstarif anzuerkennen, vielmehr darauf hindränge, einen besonderen Anstaltsstarif, einen sogenannten Betriebsarif, für die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen abuzuschließen und dazu bereits die Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums haben wolle. Auf solchen Sonderartikeln könne sich die Kollegenchaft nicht einlassen, zumal die Anstalt nicht nur für eigenen Bedarf, sondern vorwiegend für außenstehende Auftraggeber arbeite. — In den am 6. d. M. stattgefundenen Verhandlungen mit den übrigen Arbeitgebern erklärten diese sich bereit, bis zur Entscheidung ihres Protestes die Löhne der 3. Ortsklasse des Reichstarifs zahlen zu wollen.

Bielefeld. In unserer gut besuchten Generalversammlung am 3. Mai gab der Vorsitzende Hof den Geschäftsbericht vom 1. Quartal. Aus demselben

ist bemerkenswert, daß unsere Mitgliederzahl um 271 gestiegen ist und jetzt 921 beträgt. Die Verwaltungsarbeiten haben infolgedessen eine solche Vermehrung erfahren, daß es unmöglich verkannt werden kann, dieses alles in den Feierabendstunden zu erledigen, zumal in den umliegenden Ortschaften noch reichlich Gelegenheiten geboten ist, die vorbandene uns zuteilende Arbeiterschaft für den Verband zu gewinnen und denselben zu erhalten. Es ist daher dringend zu wünschen, daß unserem Wünsche nach Anstellung eines Beamten baldigst entsprochen wird. Der Reichstarif wurde am 1. Februar zur Einführung gebracht. Gegen Einreichung in die 4. Klasse wurde unsererseits Protest erhoben. Nachdem bei der Neueinteilung Bielefeld zur 3. Klasse gehört, weigern sich unsere Arbeitgeber, dieses anzuerkennen, und sind daher ernste Differenzen für die nächsten Tage nicht ausgeschlossen.

Der Kassenbericht bilanziert für die Hauptklasse mit 12 458,14 Mk. In der Lokalkasse ist ein Bestand von 4063,99 Mk. vorhanden. Die wachsenden Aufgaben zwingen uns unbedingt, den Lokalbeitrag schon in den nächsten Wochen entsprechend zu erhöhen. Die Maifeier wurde hier durch allgemeine Arbeitsruhe begangen und nahm einen prächtigen Verlauf. Ein großer Teil unserer Mitglieder scheint leider noch nicht begriffen zu haben, wofür wir an diesem Tage demonstrieren, indem sie dem Festzuge fernblieben. Ihnen muß gesagt werden, daß unsere berechtigten Wünsche noch lange nicht alle erfüllt sind.

Chemnitz. Mittwoch, den 21. April, tagte eine stark besuchte Versammlung der Kartonnagen- und Stuisarbeiterchaft. Kollege Pfüge berichtete über den neuen Reichstarif. Die Aussprache war eine sehr erregte, da die Löhne in keiner Weise Befriedigung auslösten. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, die besagt, in örtliche Verhandlungen einzutreten, um für Chemnitz als mindeste Entlohnung die 2. Lohnklasse zu erreichen.

Örtliche Verhandlungen leiteten die hiesigen Fabrikanten ab, damit beschäftigte sich die weitere Versammlung am 4. Mai. In dieser wurden eine ganze Reihe von Fällen angeführt, wonach durch den Reichstarif sogar Lohnabzüge stattgefunden haben und stattfinden sollten. Als einen großen Fehler des Tarifs wurde es bezeichnet, daß für solche Kollegen und Kolleginnen, die die vorgesehene Löhne und mehr bereits haben, keinerlei Wohnverbesserung vorgesehen sei. Die Arbeitgeber betrachten die vereinbarten Löhne als Höchstlöhne und nicht als Mindestlöhne, das ist eine der Hauptursachen, weswegen gegen den Tarif Empörung herrscht. Aber auch die Tatsache, daß ab 1. April die Löhne anderer Berufe eine weit höhere Berücksichtigung erfahren und die Löhne der Arbeiterinnen in der Textil- und Metallbranche die Höhe haben, als die für Männliche in unserem Tarife festgelegt sind, ist berechtigte Ursache zu tiefer Unzufriedenheit.

Diese Tatsache und zugleich die weitere Verteuerung des Hauptnahrungsmittels — des Brotes pro Pfund um 40 Pf. — veranlaßte die Versammlung, erneut zentrale Verhandlungen und die Erhöhung der Löhne um 50 Proz. zu beantragen.

Dem Kollegen Pfüge kostete es viele Mühe, einen eingegangenen Antrag, den Reichstarif für Chemnitz abzulehnen, nicht zur Annahme kommen zu lassen.

Chemnitz. Nicht stark besucht war unsere am 26. April abgehaltene Mitgliederversammlung. Mit seinem Vortrag „Ein Streifzug durch die soziale Dichtung“ begeisterte Redner, Redakteur Meher, die Teilnehmer. Dann erstattete Pfüge den Geschäfts- und Segler den Kassenbericht vom 1. Quartal. Die Zentralkasse bilanzierte mit 14 060,81 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse ergab inkl. Kassenbestand 5424,48 Mk. gegen eine Ausgabe von 2456,87 Mk. Das Vermögen der Lokalkasse hob sich von 3002,02 Mark am 31. Dezember 1919 auf 5462,82 Mk. am 31. März 1920. Die Zahl der Mitglieder stieg von 284 männlichen und 703 weiblichen im 4. Quartal auf 312 männliche und 817 weibliche Mitglieder am Schluß des 1. Quartals. Weiter wurden kirchliche Fragen erörtert, die sich im wesentlichen mit der Einführung des Reichstarifs am Orte befanden. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten der Zahlstelle ihre Erledigung fanden, nahm zum Schluß Kollege Schwabe Veranlassung, zum Beitritt in die Zentralkassen- und Begräbniskasse der Buchbinder aufzufordern.

Freiberg. Es ist traurig, daß in dieser Zeit, wo sich ein jeder Arbeiter frei bewegen und betätigen kann, es noch Kollegen gibt, die das Ehrenamt eines Vorsitzenden der Zahlstelle mit der Begründung ablehnen, keine Zeit dafür übrig zu haben, in Wirklichkeit aber, um sich nicht beim Chef in ein schlechtes Licht zu stellen. In diesem Nebelstand befindet sich jetzt die junge neugegründete Zahlstelle Freiberg. Als bisheriger Vorsitzender war bis jetzt ein 18jähriger Kollege tätig, der erste Organisierte der dortigen Kollegenchaft. Durch seine

Mühe und Geduld hat er es verstanden, die Kollegen fast restlos dem Verband zuzuführen und aufzufahren. Als die Arbeitgeber diese neue Macht fühlten, war es natürlich ihre erste Aufgabe, den Urheber ausfindig zu machen, um ihn dann zu entlassen, was ihnen leider auch wie ein Niedertrick gelungen ist. Trotz der Vorstellungen beim Betriebsrat wurde die Entlassung widerspruchslos geduldet. Der Ausschuß stellte sich auf dem Standpunkt, er könne nicht eingreifen, weil Buchbinder- und Kartonagenfabrik getrennte Betriebe seien. Insofern das stimmt. Trotzdem konnte der Kollege untergebracht werden, da während seiner Kündigung 6 weitere Neueinstellungen von Arbeitern stattgefunden haben, denn derselbe hat früher auch an der Breischere gearbeitet, auch Gehaltslohn bekommen und erst später wurde die Maschine von Arbeitern besetzt. Ein Zeichen, daß der Betriebsrat auf dem Posten ist. Auf Grund dieser Tatsachen legte auch der junge Vorsitzende sein Amt mit größtem Bedauern nieder. Nicht allein dieser Grund, sondern auch seine Arbeitslosigkeit zwingen ihn dazu. Nun hat sich die dortige Kollegenschaft schon mehrmals zusammengefunden, um einen Vorstand zu wählen, aber leider fehlt jedem Kollegen der Mut, dieses Ehrenamt anzunehmen. In der letzten Sitzung über diese Frage war sogar nur der Einberufener da, sonst niemand. Es ist bedauerlich, daß die älteren Kollegen sich von einem erst ausgesetzten Gehilfen bedürftig lassen. Wenn die Kollegenschaft sich nicht mehr der Sache widmet und kein Interesse zeigt, dann nützt auch der schönste Reichstakt nichts. Ueberhaupt gerade jetzt, wo es gilt, alle Kräfte anzuspannen, da versagt man gänzlich. Ueberlegt es Euch, Kolleginnen und Kollegen. Zeigt mehr Interesse und Mäßigkeit für unsere Verbandstätigkeit, denn sonst habt ihr selber den größten Schaden, die Unternehmer aber den meisten Vorteil davon.

Frankfurt a. D. Am 8. April fand unsere Mitgliederversammlung statt, welche von 160 Mitgliedern besucht war. Büchling sprach über die Erfolge, die wir beim Schlichtungsausschuß erzielt haben. Die Feuerzuzulage ist so ziemlich glatt bewilligt worden. Dann gab Büchling bekannt, daß in der Kartellvereinbarung über die Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge bezogen wurde, und zwar war der übliche Satz von 34 Pf. pro Woche und Mitglied als zu niedrig bemessen; er ist auf 7 Pf. festgesetzt worden. Stähne berichtete, daß die Kasse sehr in Anspruch genommen wird. Er fordert eine Erhöhung der Lokalbeiträge und beantragt Erhöhung der Lokalbeiträge für die 2. und 3. Klasse auf 30 Pf., für die 4. und 5. Klasse auf 50 Pf. pro Woche. Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt. Auch wurde beschlossen, das Stiftungsfest in üblicher Weise zu feiern.

Hirschberg. Am 29. April fanden in Hirschberg die Verhandlungen zwecks Anerkennung des Reichstakts zwischen dem Verband der Tüten- und Beutelindustrie (Mittel- und Niederschlesien) ihren Abschluß. Infolge der Einseitigkeit unserer Unternehmer, am Verhandlungstisch herbeigeführt durch die nachdrücklichste Klarlegung der Verhältnisse, war es unseren Unterhändlern möglich, den Kartonnagenarbeitern in Ostschlesien 4 zur Anerkennung zu bringen. Die Heimarbeitern konnten mit einem Grundlohnzuschlag von 495 und 510 Proz., die Affordlohnarbeiter im Betriebe mit 510 und 540 Proz. bedacht werden. Der Tarif ist hierovon anerkannt und bereits durchgeführt. Anders bei den Druckereien. Votum aus dem Mesenberger und Generalkongress, sowie dem Firmar R. Reipert, Warmbrunn und Göddendorf u. Co., Hirschberg. Diese werden vor dem Schlichtungsausschuß nun erfahren, daß die Kollegenschaft gewillt ist, ihre berechtigten Forderungen auch zur Anerkennung zu bringen. Aus dem Umstande, daß ein Teil der Unternehmer sich noch hartnäckig verweigert, zu bestimmen, was dem produktiv schaffenden, mit ärgster Not ringenden Arbeiter gebührt, hat sich die gesamte Kollegenschaft Hirschbergs einstimmig für die erhöhten Beiträge ausgesprochen, und werden dieselben ab 1. Mai kassiert, um so durch Opferfreudigkeit den ringenden Kollegen und Kolleginnen im Waiche helfend zur Seite zu stehen. Einstimmig wurde der Feier des 1. Mai zugestimmt, der dem Gedächtnis der für unsere Freiheit gesonnenen Märtyrer gewidmet sein soll, der aber auch endlich der Anbruchstag der Wiedervereinigung der im Bruderkampf liegenden Arbeiterschaft sein möchte.

Leipzig. Eine am 26. April im Albergarten tagende öffentliche Versammlung der Leipziger Buchbinderarbeiterschaft beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Resultat der Verhandlung in Weimar vom 13. April. Kollege Talheim erstattete den Bericht derselben. Sein referierend ließ er die einzelnen Verhandlungspunkte vor den Verhandlungen Revue passieren.

Da der Kollegenschaft bereits bekannt war, wie viel, oder besser, wie wenig die Weimarer Verhandlungen der Arbeiterschaft gebracht hatten, so lag über

der gut besuchten Versammlung an und für sich kein besonders zufriedener Zug. Derselbe steigerte sich jedoch zu stürmischer Entrüstung, begleitet mit Heiterkeit, als Talheim die Ansicht unserer Unterzeichner in bezug auf die 46stündige Arbeitszeit vortrug. — Um die Heranziehung von Mollstoffen zu fördern, müsse die Arbeitszeit verlängert werden. — Talheim kam zu dem Schluß, daß trotz einzelner Punkte sich das Ergebnis von Weimar eben lassen könne. Zugabe sei, daß die 4 Tarifskale nicht besonders gut abzuwickeln. Demgegenüber ständen die nicht zu unterschätzenden Vorteile, welche die Verhandlungen der Provinz gebracht hätten. Und dies sei auch für Leipzig ein indirekter Gewinn, welcher zu würdigen wert sei. In der sich anschließenden lebhaften Diskussion fand Kollege Böhmisch scharfe Worte der Kritik an dem Passus über die Arbeitszeit. Dies wäre eine schwere Niederlage des Verbandes. Auch hätte der neue Affordtarif eine sehr einseitige Regelung gefunden. Es trete immer noch die viel zu ungleiche Entlohnung der einzelnen Sparten gegeneinander in die Erscheinung. Ganz besonders schlecht seien die Vorrichter bedacht worden. Ist genug habe er seine warnende Stimme vor Abschluß des neuen Tarifes erhoben, endlich die ungleichen Verhältnismäßigkeiten zu beseitigen, und richtet er in dieser Beziehung seine Kritik gegen den Kollegen Seide.

Kollege Grund erhebt gegen unsere Vertreter schwere Vorwürfe wegen ihrer Zustimmung zu dem Passus, Arbeitszeit betreffend. Hier habe sich unsere Leitung die Entscheidung direkt aus der Hand nehmen lassen. Die 46stündige Arbeitszeit sei hiermit gefallen. Wo bleiben die hochtönenden Versicherungen des Kollegen Seide, welcher unumstößlich erklärte: Der Reichstakt gehe und falle mit der 46stündigen Arbeitszeit. Grund vermisste hierbei jede Konsequenz. Er richtet an die Anwesenden die dringende Mahnung, mehr als bisher unseren Vertretern auf die Finger zu sehen. Er könne nach alledem nicht anders, als in diesem Falle dem Kollegen Talheim, als dem Leipziger Vertreter, ein Mißtrauensvotum ausstellen.

Kollege Petrid sowie Wolf finden das Ergebnis von Weimar in bezug auf die Löhne als in keiner Weise den jetzigen Lebensverhältnissen entsprechend. Bei der bevorstehenden Tarifrevision sowie bei Einreichung neuer Lohnforderungen dürfe nicht auf Grund der erzielten Löhne, sondern auf Grund der Arbeitsleistung aufgebaut werden. Denn die jetzt erzielten Löhne seien nur als Mittel auf Grund einer ganz außerordentlichen Arbeitsleistung, welche die Arbeiterschaft auf keinen Fall für die Dauer ertragen könne.

Die Kollegen Höber und Franz Vener halten die Kritik über den Punkt Arbeitszeit für zu scharf und auch für überflüssig. Nicht in den Händen unserer Verwaltung, sondern bei den Massen müsse die Entscheidung liegen, bei einer so bedeutungsvollen Frage, wie es die Arbeitszeit sei.

Kollege Hentschel erklärt: Es sei richtig, die 46stündige Arbeitszeit sei in Gefahr. Dies könne nach seiner Ueberzeugung jedoch nur für die gemischten Betriebe zutreffen. Eine sofortige Fühlungnahme mit den Betriebsräten der Buchdrucker sei am Platze. Es sei ebenfalls nicht richtig, die Ortsverwaltung alle Entscheidungen treffen zu lassen. Die Arbeiterschaft sei verpflichtet, die Erzeugnisse der Revolution zu sichern. Notwendig sei es, in Zukunft mehr Wert auf die politische Schulung unserer Kollegen zu legen. Ihnen mehr als jeher die Bedeutung der politischen Bewegung vor Augen zu führen.

Kollege Seide weist die gegen ihn gerichteten Vorwürfe zurück. Bei der bevorstehenden Tarifrevision könne nur eine eventuelle Erhöhung der einzelnen Affordpositionen in Frage kommen, nicht aber eine Preiserhöhung der gesamten Sparte. In bezug auf die Kritik über den Punkt Arbeitszeit ist er der Meinung, daß man damit leeres Stroh drohen habe. Er habe zur Leipziger Kollegenschaft das festeste Vertrauen, daß sie sich die 46stündige Arbeitszeit unter keinen Umständen nehmen lasse. Gegenüber der am Kollegen Talheim geübten Kritik hätte er gewünscht, dieselbe lieber an den Tarifausschuß zu richten. Er sei fest überzeugt, daß Talheim in scharfer und konsequenter Weise die Interessen der Kollegenschaft vertreten habe.

In seinem Schlusswort gest. Kollege Talheim auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe ein und erklärt: Grund habe durch seine Ausführungen unserer Sache nur geschadet. Denn nach seiner Meinung sei die Kollegenschaft nicht bereit, die 46stündige Arbeitszeit zu halten. Auch sei es keine Konsequenz, wenn man einmal für die Entscheidung durch die Massen eintrete, und in dem jetzigen Falle die Entscheidung in die Hände der Verwaltung gelegt wissen will. Auch was die gemischten Betriebe anbelange, sei Bestärkung nicht am Platze. Denn auch die Buchdrucker usw. hätten ein Interesse an der Erhaltung unserer, weil eben kürzeren Arbeitszeit, als der

übrigen. Gegenüber der Kritik am Affordtarif erklärt Talheim, daß nur auf Grund der Durchschnittsleistung resp. Löhne aufgebaut werden könne. Trotz der Schärfe der heute geübten Kritik begreife er diese doch. Auch er stehe auf dem Standpunkt, daß die Kollegenschaft verpflichtet ist, auf die Vertretung ihrer Vertreter ein wachsame Auge zu haben. Ein Antrag, welcher die Leipziger Betriebsräte verpflichtet, die 46stündige Arbeitszeit unter allen Umständen zu halten, fand einstimmige Annahme. Desgleichen ein solcher, wonach der 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe zu begehen ist.

Einbach. Bei der Firma Richter, Kartonnagenfabrik, kam es zu einem zweitägigen Streit, weil 5 Kollegen und 7 Kolleginnen verfürzt arbeiten, das übrige Personal Ueberstunden leisten sollte, die Firma noch fortgesetzt Arbeiterinnen suchte. Die Firma begründet ihr Vorgehen damit, weil die betroffenen Personen eine Sonderabteilung für Strumpf- und Handschuhfabrikation, Zigarrenlisten usw. bildet und in diesem Zweige Aufträge nicht genügend vorhanden seien. Das übrige, ungefähr 60 gehörende Personal, konnte diese Gründe nicht als stichhaltig anerkennen, weil die Firma Arbeit in andere Betriebe ausgibt und die Betroffenen auch in Betriebe mit anderen Arbeiten beschäftigt werden könnten.

Kollege Pfäbe verhandelte in Gemeinschaft des Betriebsrates — der in der Weizgäßel auch von dieser Maßnahme betroffen war — und es kam zu einer Verständigung. Bei diesen Verhandlungen gelangten zugleich die Fälle mit zur Erledigung, die durch den neuen Reichstakt weniger Lohn erhielten als vordem. Die Firma führte diese Fälle auf ein Versehen zurück. Freitag, den 7. Mai, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Potsdam-Nowawes. „Der Kampf um den Reichstakt“, so lautete die Tagesordnung in einer am 5. Mai stattgefundenen Versammlung. Nachdem nun endlich der Abschluß des Reichstakts stattgefunden hat, war es trotzdem für die hiesige Kollegenschaft noch nicht möglich, in den Genuss desselben zu treten. Ueberwiegend sind unsere Kollegen und Kolleginnen in Druckereien beschäftigt, wo erst durch die Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins die Entscheidung fällt. Die hiesige Prinzipalität hat aber scharfsten Protest eingelegt, daß Potsdam-Nowawes der 2. Ortsklasse eingereiht ist und die 4. Klasse beantragt. Da hier aber dieselben Verhältnisse und Preise für den Lebensunterhalt vorzufinden sind wie in Berlin, so ist von unserer Seite beantragt, unseren Ort in die 1. Ortsklasse einzureihen. Noch rückständiger aber als die Buchdruckerzeitschrift zeigte sich die Freie Vereinigung (Kleinrentner). Schon unsere Vorberathung hatte sich mit der Lohn- und Leistungsfrage in diesem Betriebe beschäftigt. Um hier Verbesserungen einzuführen, schlug die Ortsverwaltung eine Verhandlung vor, was aber von den Meistern abgelehnt wurde. Die Beschlagnahme der Verbringszählerei glaubten die Herren zurückweisen zu müssen. Tatsächlich gibt es aber Betriebe, welche sich nur mit Lehrlingen besetzen und die Ausstehenden als Gehilfen nicht weiter beschäftigen. Sonst glaubte die Freie Vereinigung in einem Schreiben „unreife Zufriedenheit erlangt zu haben“, daß sie wieder „Lohnerhöhungen der gegenwärtigen Lage entsprechend“ vorgenommen hat. Die Höhe der Zulagen wird verschämt verschwiegen. Es wurde aber in der Versammlung von den anwesenden Gehilfen aus der Freien Vereinigung festgestellt, daß sie von einer Zulage nichts bemerkt hätten. Die Löhne übersteigen mit einer einzigen Ausnahme nicht 100 Mk. Da ist es freilich kein Wunder, wenn ein langjähriger Gehilfe der Firma Wassebusch, der den Lohn von 70 Mk. hatte, an Unterernährung zugrunde gegangen ist. Mancher Meister möchte seiner Gehilfen gern mehr geben; durch die Preisdrückerei ihres eigenen Vorstehenden ist es aber nicht möglich, sonst konkurrieren zu können. Dabei besteht die Kundschaft zum größten Teil aus der Potsdamer Aristokratie und Mitgliedern der ehemaligen königlichen Häuser.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 5. Mai versammelten Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen von Potsdam-Nowawes begründen den endlichen Abschluß des Reichstakts, wenn auch nicht alle Wünsche hierbei in Erfüllung gegangen sind. Bedauern aber müssen wir, daß der Deutsche Buchdruckerverein nur unter Vorbehalt unterzeichnet hat, um andererseits die übliche Verschleppungspolitik weiterreiben zu können. Ganz energisch aber müssen wir dagegen protestieren, daß die hiesigen Buchdruckerbesitzer Einspruch gegen die Aufteilung von Potsdam-Nowawes in die 2. Ortsklasse erhoben haben und die 4. Klasse beantragt haben. Die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel sind die gleichen wie in Berlin, was auch beabsichtigt

feils bei Teuerungszulagen anerkannt ist und dementsprechend Potsdam-Romans in die 1. Ortsklasse wie Berlin gehört. Des weiteren müssen wir entschlossen protestieren gegen die Art und Weise, wie die Freie Vereinigung (Kleinmeister) glaubt uns abzuliefern. Die geeigneten Stellen müssen bei den städtischen und staatlichen Behörden darauf hinwirken, daß Buchbinderarbeiten nur an solche Firmen vergeben werden, welche den Reichstarif anerkannt haben. Von unseren Verbandsvertretern aber erwarten wir, daß sie möglichst schnell auf die Rechtsverbindlichkeit des Reichstarifs hinwirken."

Stettin. In unserer Generalversammlung waren 80 Mitglieder anwesend. Auf der Tagesordnung standen u. a. Erhöhung der Lohndbeiträge und Neuwahl des Vorstandes. Zu Punkt 1 fanden zwei Anträge der Ortsverwaltung zur Beratung. Danach sollen die Lohndbeiträge ab 1. April für männliche Mitglieder 50 Pf. und für weibliche Mitglieder 20 Pf. wöchentlich betragen. Alle männlichen Mitglieder haben in die 3. Beitragsklasse zu steuern. Vorklagen steht die Wahl frei. Nach reger Debatte wurden beide Anträge gegen zwei Stimmen angenommen. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Schliep, Stellvertreter Steffens, Kassierer Weiser, Schriftführer Zander, Kassierer für die Buchbinderbranche Bandelin und Frau Steffin, für die Kartonnagenbranche Bog, Revisoren Dürkop und Bonath, Kartellbeauftragter Wasp. Im Schlusswort erwähnte der Vorsitzende die Anwesenheit, treu zur Organisation zu halten und alle dem Verbande noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen zum Eintritt in den Verband zu bewegen.

In einer gemeinsamen Vorstandssitzung der vier graphischen Verbände wurde die Gründung eines graphischen Kartells beschloffen. Den Satzungen des graphischen Bundes wurde beigegeben. Delegierte sind von unserem Verband die Kollegen Steffens und Weiser.

Rudwig i. Sa. Als uns die Buchbinderzeitung die Widwid brachte, daß endlich der Reichstarif von allen Berufszweigen der Arbeitgeber anerkannt wurde, mußte leider wieder festgestellt werden, daß der deutsche Buchbinderverein nur unter Vorbehalt unterzeichnet hat. Man muß sich fragen: Sind die Gründe denn dazu berechtigt? Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ schreibt, daß erst am 6. und 7. Mai die Entscheidung fallen soll. Es wird angeführt, daß die Arbeiten eines Buchbinders in der Buchdruckerei nicht so hoch zu bewerten seien als die der übrigen Buchbinder, demzufolge wären die Buchdruckereibuchbinder niedriger zu entlohnen. Gegenwärtig müßte doch die gesamte in Buchdruckereien beschäftigte Kollegenschaft energig Protest erheben. Jeder einzelne Kollege, der in einer Buchdruckerei steht, wird für diese Anerkennung seiner Dienste seitens der Prinzipale den Kopf schüteln. Wie liegen nun in Wirklichkeit die Dinge? Die Stellung eines Buchbinders in der Druckerei ist größtenteils eine verantwortliche, die Anforderungen, die an einen Buchdruckereibuchbinder gestellt werden, sind ebensolche, wenn nicht noch größere, als die eines anderen. Was wird von den Kollegen nicht alles verlangt? Er möchte am liebsten alle Sparten, die in die Buchdruckerei eingreifen, — und das sind nicht wenige — beherrschen. Jeder Auftrag, wenn er nur anwesend in unser Fach eingreift, soll ausgeführt werden. Mit was für Schwierigkeiten da manchmal zu kämpfen ist, weiß wohl jeder Kollege, denn nicht jeder Betrieb ist so eingerichtet, daß alles gemacht werden kann. Von der Verwaltung des Papierlagers ganz abgesehen, das ja auch ein Vertrauensposten ist, muß doch gesagt werden, daß der Buchbinder in der Druckerei nicht der schlechteste, sondern gewissermaßen ein tüchtiger und brauchbarer Kollege sein muß. Haben denn die Buchdruckereibesitzer, die eine eigene Buchbinderei angegliedert haben, so schlechte Erfahrungen gemacht? Wenn dies der Fall sein sollte, warum gehen dann noch so viele dazu über, das gleiche zu tun, und andere erweitern ihre zum richtigen Großbetrieb. Ist es denn nicht Tatsache, daß diese Betriebe viel rationeller arbeiten als wie früher? Man könnte noch viel mehr darüber schreiben, aber nur zur Lohnfrage selbst. Die Buchdruckereibesitzer haben bekanntlich einen deutschen Buchdrucktarif, dem ein Antrag für Buchbinderarbeiten beigefügt ist. Auf welcher Grundlage sind nun diese Preise aufgebaut? Alle Preise sind aus dem 3-Städte-Lohnstarif für Buchbinder entnommen, die Preise der Druckarbeiten aus dem Lohnstarif der Buchdrucker. Wie sind die Löhne der beiden Gruppen in Friedenszeiten gewesen? Wenn immer von der Provinzialen gesprochen wird, so nehmen wir als Beispiel für den Buchdrucker einen Ort mit 12 1/2 Proz. an. Derselbe erhielt nach dem Tarif vor dem Kriege in Klasse C über 24 Jahre (also Höchstklasse) ein Minimum von 80,94 Mk. bei einer Arbeitszeit von 53 Stunden wöchentlich. Nach

dem 3-Städte-Lohnstarif für Buchbinder erhielt ein Gehilfe im selben Alter einen Mindestlohn für Stuttgart 64 Pf., Leipzig 56 Pf., Berlin 58 Pf. pro Stunde. Das macht für Berlin pro Woche 30,74 Mk. Dies war im Jahre 1913. Für die Buchdrucker mußten nun die Löhne laut Tarif in allen Orten bezahlt werden. Was geschah aber mit uns Buchbindern in der Provinz? Entweder konnten die Unternehmer auf unsere Reizen Schmutzkonkurrenz treiben oder sie haben uns unseren Lohn vorenthalten. Den heutigen Verhältnissen nach ist es das gleiche geblieben. Buchdruck- sowie Buchbinderarbeiten sind laut Reichstarif auf 750 Proz. der Friedenspreise gestiegen. Haben etwa wir Buchbinder die gleichen Teuerungszulagen erhalten wie die Buchdrucker? Das muß doch unbedingt verneint werden. Ich frage nun, wo bleibt da die Gerechtigkeit? Und jetzt kommen noch die Herren Unternehmer beim Abschluß des Reichstarifs und schimpfen über zu hohe Löhne, wo sie schon die ganze Zeit den Profit eingestekt haben. Es wäre doch wirklich an der Zeit, daß auch wir endlich einmal zu unserem Recht kommen und nicht immer das fünfte Rad am Wagen abgeben. Es zeigt sich aber auch wieder, daß sich die frühere Gleichgültigkeit der Organisation gegenüber seitens einzelner Kollegen schwer rächt. Hier kam nur fester Zusammenschluß helfen, und dies ist jetzt um so leichter möglich, als durch die Schaffung der graphischen Kartelle jeder einzelne an seine Pflicht erinnert wird. Dieses muß aber in jedem Ort geschehen und streng durchgeführt werden. Erst dann wird die Zeit kommen, wo nicht bloß wir Buchbinder, sondern das ganze graphische Gewerbe nicht mehr hinter den anderen Berufen herzuhaufen brauchen.

Rundschau.

Zum Arbeitsnachweiswesen. Zur Fikse der Organisation des Arbeitsnachweises, besonders zur Durchsicherung der Zentralisation, sind die Berliner Gewerkschaften unter Teilnahme von Vertretern der Groß-Berliner Gemeinden zusammengetreten und haben in einer Ausschußsitzung unter dem Vorsitz des Genossen Körber am 1. April beschloffen:

- 1. Die Rechte der Nachkuratorien bleiben unangetastet.
2. Die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise haben sich unter Aufsicht an die öffentlichen Arbeitsnachweise in paritätische Arbeitsnachweise gemäß dem Gewerkschaftsbeschlüssen umzuwandeln.
3. Der Metallarbeiternachweis ist in einen öffentlichen umzuwandeln.
4. Für die bestehenden Nacharbeitsnachweise soll der Bemühungszwang eingeführt werden.
5. Die Einrichtung von Kontrollstellen empfiehlt sich für die Durchführung der Erwerbslosenuntersuchung.
6. Eine Kommission von fünf Personen unter dem Vorsitz von Herrn Magistratsrat Wölfling hat unter Benutzung des vorliegenden Materials Vorschläge für die Neuorganisation des Arbeitsnachweises zu machen.

Zur gesetzlichen Festigung des Reichswirtschaftsrats. Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium hat an den Volkswirtschaftlichen Ausschuh der Nationalversammlung, an den Reichsrot und an das Reichswirtschaftsministerium folgenden Antrag gerichtet:

„Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium erachtet den 6. Ausschuh der Nationalversammlung und den Reichsrot dringend, den vorliegenden Entwurf einer Verordnung über einen vorläufigen Wirtschaftsrat unter allen Umständen noch vor der Auflösung der Nationalversammlung zur Verabschiedung zu bringen. Gerade in der Zeit zwischen der Auflösung der Nationalversammlung und dem Zusammentritt des neuwählenden Reichstags erfordert die schwierige wirtschaftliche Lage Deutschlands in besonders hohem Maße die Mitwirkung eines auf sicherer rechtlicher Grundlage beruhenden Wirtschaftsrats. Die Verschlebung der Entscheidung über den vorläufigen Wirtschaftsrat bis nach den Reichstagswahlen würde den Zusammentritt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats um viele Monate verzögern.“

Die Fristen des Betriebsratsgesetzes. Aus Arbeitnehmerskreisen ist an das Reichsarbeitsministerium die Anfrage gelangt, wie es mit Rücksicht auf die Ereignisse der letzten Wochen bezüglich der Innehaltung der für die Betriebsrätenwahlen gesetzlich vorgesehenen Fristen steht. Wichtig ist die Innehaltung der Fristen für die Einleitung der Wahlen, für die Einreichung von Vorschlagslisten, für die Stimmabgabe usw. nicht möglich gewesen.

Soweit die Einleitung der Wahlen noch nicht erfolgt ist, kann und soll sie nunmehr unüberzüglich erfolgen. Die in der Wahlordnung vorgesehenen Fristen für die Einreichung der Vorschlagslisten usw. sind nur Mindestfristen. Soweit sie nicht innegehalten werden konnten, wird es Sache der Wahlvorstände

sein, für eine angemessene Verlängerung, gegebenenfalls Erneuerung der Fristen Sorge zu tragen.

Arbeitsgericht bis 1200 Mark zuständig. Während in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten die Amtsgerichte bisher nur für Streitgegenstände bis 600 Mk. zuständig waren, sind sie seit dem 15. April für alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bis zu 1200 Mk. zuständig. Das ist besonders deshalb wichtig, weil der leidige Anwaltszwang noch immer bei den Landgerichten besteht, die Parteien bei den Amtsgerichten sich dagegen selbst vertreten können und daher nunmehr alle Streitfälle bis 1200 Mk. ohne einen Anwalt beim Amtsgericht selbst oder durch Vermittlung der Arbeiter- bzw. Gewerkschaftssekretäre durchgefochten werden können.

Die jugendlichen Proletarier. Die bayerischen Gewerbeaufsichtsberichte über die Kriegszeit, die jetzt erschienen sind, und die sich im wesentlichen mit den erschienenen preussischen Berichten decken, behandeln auch die jugendlichen Arbeiter. Der Anteil der Jugendlischen betrug 9-11 Proz. Sehr hat im Kriege die Fachausbildung gelitten durch den Uebergang zur Massenherstellung, dem Mangel an Rohstoffen, das Fehlen der eingezogenen Meister und dergleichen. Diesem Umstände ist nach der Ansicht der Berichtserstatter nur durch bessere Entlohnung der jugendlichen Arbeiter abzuhelfen. Inzwischen sind die Anheuerungen über die Leistungen der Jugendlischen. Diese waren nicht nur zufriedenstellend, sondern ein großer Teil der jugendlichen Arbeiter hat sogar „über ihr Alter hervorragendes“ geleistet. Wie mancher von ihnen wird nicht das Zeug zu produktiver geistiger Arbeit in sich gehabt haben, aber die sittliche Weltordnung des Kapitalismus hat solche Arbeit den Söhnen der Besitzenden verweigert.

Bier oder Brot. Im Münchener Verein der alkoholgesellschaftlichen Metzger wies Direktor Trillisch nach, daß der Verbraucher bei der Verarbeitung der Gerste zu Bier einen etwa 24 fach höheren Preis zahlen muß als beim direkten Kauf von Landwirt. Es ist bedauerlich, daß man demnach soviel Gerste zu Bier verbraucht, während Amerika z. B. das nicht unseren Lebensmittelmangel kennt. Die Alkoholherzeugung schon während des Krieges gänzlich verboten hat, um das Getreide für nützliche Zwecke zu verwerten. Bei der Bedeutung, die die Bekämpfung des Alkohols für die Arbeiterbewegung hat, wäre eine Verabreichung der Gerste zu Brot statt zu Bier doppelt zu begrüßen.

Abrechnungen

Vom 1. Quartal sind weiter bis zum 11. Mai bei der Verbandskasse eingegangen von Danzig — 20 Mk.; Königsberg — 20 Mk.; Tilsit 200,— Mk.; Uedersleben 6000,— Mk.; Gau 8 1000,— Mk.; Silbesheim — 200,— Mk.; Arnstadt 700,— Mk.; Duisburg-Ruhrort 650,— Mk.; Essen 1669,16 Mk.; Mühlheim-Nahe 400,— Mk.; Biersen 950,— Mk.; Saarbrücken 200,— Mk.; Gau 12 5950,00 Mk.; Chemnitz — 200,— Mk.; Grimmitzsch 2268,25 Mk.; Weidronn 6000,— Mk.; Karlsruhe 3000,— Mk.; Gau 17 500,— Mk.; München — 200,— Mk. Hr. Leiber.

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer. B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer. Dessau. K.: Dermann Stolin, Chopinstr. 13 f.

Inhaltsverzeichnis:

Bekanntmachungen des Verbandsverbandes, betreffend Lohndbeiträge — Zahlstelle Dattlingen — Werkstattfragebogen zur Tarifjustiz — Ausschreibungen. Aufruf der Gewerkschaften zur Hilfe für die Opfer des Kampfes. Der deutsche Buchdruckerverein lehnt unseren Reichstarif ab. Schwabenkreise des Reichsarbeitsministeriums. Kenntnisse: Im letzten Tag (Fortsetzung). Das neue Wahlgesetz. Die Stufen der Gewerkschaft. Das deutsche Buch und das Ausland. Der Schwerhörige. Veränderungen in der Krankenversicherung. Zentral-Kranken- und Begräbnisstätte der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige. Berichte: Warmen-Überfeld — Wiesfeld — Chemnitz — Freiberg — Frankfurt a. O. — Sittichberg — Leipzig — Limbach — Potsdam-Romans — Stettin — Zwickau i. Sa. Rundschau: Zum Arbeitsnachweiswesen — Zur gesetzlichen Festigung des Reichswirtschaftsrats — Die Fristen des Betriebsratsgesetzes — Arbeitsgericht bis 1200 Mark zuständig — Die jugendlichen Proletarier — Bier und Brot. Abrechnungen. Adressenänderungen. Inhaltsverzeichnis. Anzeigen.

